

Neue Bewegung im Fluglärmstreit

- 24.07.2022
- shn.ch / Schaffhauser Nachrichten, Reto Zanettin

Fliegen ist für die einen reisen. Für andere bedeutet es Lärm. Und weil von diesem auch Leute jenseits der Grenze betroffen sind, streiten sich die Schweiz und Deutschland seit Jahren um den Flugverkehr am Flughafen Zürich. In diesem Hin und Her läuft im Moment eine weitere Episode. Auslöser ist die Antwort der deutschen Bundesregierung auf eine Anfrage aus der CDU-Fraktion.

Die Bundestagsmitglieder wollten mitunter wissen, wie die Regierung zum Entflechtungskonzept für Ostanflüge steht. Mit diesem Konzept sollen die Anflugrouten über süddeutschem Gebiet und die Abflugrouten von Zürich-Kloten aus getrennt werden. Dies soll zur Sicherheit im Luftraum über dem grössten Schweizer Flughafen beitragen. Für die Umsetzung ist allerdings eine Verordnungsänderung in Deutschland notwendig, um welche die Schweiz schon ersucht hat. Frühere Verkehrsminister, namentlich Andreas Scheuer und Alexander Dobrindt (beide CDU/CSU), zeigten sich in dieser Frage hart.

Unter dem neuen Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) könnte sich nun ein Umschwung anbahnen – zumindest, wenn man die jüngsten Äusserungen aus Berlin vernimmt. In der Antwort an die CDU-Fraktion bezieht sich die Bundesregierung beispielsweise auf das Umweltbundesamt, es gebe keine Einwände gegen die Verordnungsänderung, die zur Ostentflechtung notwendig ist. Dies und noch einiges mehr, was aus dem insgesamt 36-seitigen Papier herauszulesen ist, rief die Landräte Martin Kistler (Waldshut), Sven Hinterseh (Schwarzwald-Baar) und Zeno Danner (Konstanz) auf den Plan. Sie vertreten Landkreise, die vom Fluglärm betroffen sind, und wünschen sich für ihre Region eine «spürbare Entlastung bei den An- und Abflügen am Flughafen Zürich», wie sie in einer Medienmitteilung schreiben. Das Entflechtungskonzept würden sie «weiterhin vehement ablehnen».

Besorgt zeigen sich Kistler, Hinterseh und Danner überdies, da sich ein Politikwechsel abzeichne, den sie nicht hinnehmen wollten. Im Gespräch mit den SN drückt sich Martin Kistler zurückhaltender aus. Ob die Regierung in Berlin tatsächlich einen Politikwechsel anstrebe, wüssten er und die anderen Landräte nicht. Klar sei aber, «die Antwort der Bundesregierung widerspricht der bisherigen Politik der Amtsvorgänger». Deshalb sei sie ein Rückschritt.

Erfreut über die Neuigkeiten aus Deutschland ist der Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter (SVP). Der Verkehrspolitiker sagt: «Die Deblockierung auf deutscher Seite ist überfällig.» Die Entflechtung von An- und Abflugrouten hält er für notwendig und sinnvoll, da sie das System robuster und sicherer mache. «Deutsches Gebiet würde in relativ grosser Höhe überflogen, der Endanflug würde komplett über Schweizer Gebiet stattfinden.» Hurter betont, Süddeutschland profitiere stark vom Flughafen Zürich, der sich rund 15 Kilometer südlich der deutsch-schweizerischen Grenze befindet.

«Jeder zwanzigste Passagier, der ab Zürich fliegt, kommt aus Baden-Württemberg, rund 900 Personen mit Wohnsitz in Deutschland arbeiten am Flughafen.» Um dessen Nutzen für seine Region weiss Martin Kistler. «Deswegen tragen wir einen Teil der Lasten.» Zurzeit hält der Waldshuter Landrat die Belastung jedoch für überproportional. Unterdessen fragt es sich, ob Kistler die Flugsicherheit zu wenig stark gewichtet? Diese müsse selbstredend immer gewährleistet sein, antwortet er.

«Daran rütteln wir nicht.» Die Frage sei aber, in welchem Mass deutscher Luftraum für den Anflug auf Zürich beansprucht werden müsse. Die Möglichkeiten des Schweizer Luftraums sollten ausgeschöpft werden, «bevor wir zusätzlich belastet werden». Eine alternative Routenführung im Ostkonzept wurde geprüft, wie Christian Schubert, Mediensprecher des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (Bazl), mitteilt. Sie sei aber weder als tauglich noch als geeignet befunden worden.

Landrat möchte Staatsvertrag Der Fluglärmstreit dreht sich oft auch um Betriebsreglemente, Bewilligungen, Gutachten und Verfahren. Für Kistler geht es allerdings «nicht um verwaltungstechnische Fragen, es handelt sich vielmehr um eine politische Angelegenheit». Freilich waren schon in der Vergangenheit die Verkehrsminister beider Länder involviert, etwa haben der Schweizer Moritz Leuenberger und sein Amtskollege Kurt Bodewig Anfang der Nullerjahre miteinander über einen Staatsvertrag verhandelt, der letztlich scheiterte. Gut ein Jahrzehnt später unternahmen die Schweiz und Deutschland einen neuen Anlauf. Diesen Vertrag haben beide Länder unterzeichnet.

Das Schweizer Parlament hat ihn genehmigt, in Deutschland blieb die Ratifizierung bis heute aus. Kistler möchte nach wie vor einen Staatsvertrag, «der den Fluglärmstreit zwischen der Schweiz und Deutschland beendet». Festgelegt werden müssten zum Beispiel Schutzzeiten, Obergrenzen der Lärmbelastung und ein Monitoringverfahren. «Das schafft für beide Seiten Rechtssicherheit.» Bazl-Sprecher Christian Schubert sagt: «Die Schweiz ist immer bereit für einen Dialog.

» Rasche Verständigung und umfassende Lösungen seien bisher aber eher schwierig gewesen. Der seit Langem auf Fachebene geführte Prozess solle weitergeführt werden, was nicht nach Staatsvertragsverhandlungen klingt. «Der Bundesregierung sind sowohl die Anliegen der Anwohner in Südbaden als auch die der Schweizer Seite bewusst. Die Lösungssuche gestaltet sich leider seit Jahren schwierig», erklärt Oliver Luksic, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium. Ausserdem habe ein Schweizer Gericht das Flughafenbetriebsreglement, das die Ostentflechtung enthält, als rechtswidrig eingestuft.

Im September 2021 hiess das Bundesverwaltungsgericht eine Beschwerde gegen die Teilgenehmigung dieses Betriebsreglements weitgehend gut. Die Lärmauswirkungen der Abend- und Nachtstunden seien nicht korrekt abgebildet worden. Klare und versöhnliche Worte Luksic versichert, dass Politiker und Bevölkerung im süddeutschen Raum in Berlin gehört werden. Die «seit vielen Jahren stattfindende und erprobte Beteiligung» werde fortgesetzt. Dass sich die deutsche Verkehrspolitik zum Flughafen Zürich in einem Umschwung befinde, streitet Luksic ab: «Entgegen einiger Behauptungen gibt es hier keinen Politikwechsel.